

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 46 (1967)
Heft: 5

Artikel: Deutschland 1967
Autor: Reventlow, Rolf
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-337930>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Deutschland 1967

Das politische Panorama der Bundesrepublik Deutschland unterscheidet sich im Jahre 1967 sehr wesentlich von dem vergangener Jahre. Jahre hindurch war der deutsche Bundestag, das zentrale Parlament, im Zeichen der Gegensätzlichkeit der zwei grössten Parteien gestanden, der Sozialdemokratie und der Parlamentsfraktion der CDU/CSU, die, genau besehen, aus zwei Parteien, der bayrischen CSU und der nichtbayrischen CDU, besteht. Wenn diese Gegensätzlichkeit auch vielfach nicht die Züge grundsätzlicher und sich gegenseitig ausschliessender politischer Ausrichtungen trugen, so schienen sie dennoch sowohl unter der Bundeskanzlerschaft von Konrad Adenauer wie unter der Leitung von Ludwig Erhard so gut wie unüberbrückbar. Höfliche Geburtstagsreden und Blumensträuße für prominente Persönlichkeiten vermochten diesen vorherrschenden Eindruck nicht zu mindern.

Die peinvolle Krise der CDU mit ihrem Kanzler und Parteivorsitzenden Erhard, die in erster Linie eine interne Krise dieser Partei war und dann durch den kleinen Koalitionspartner FDP zu einer echten Regierungskrise wurde, zeigte nicht nur den Mangel an Führungsqualitäten und Entschlusskraft Erhards, sondern, und in erster Linie, den Mangel der inneren Geschlossenheit der Unionsparteien. Allerdings, die bayrische CSU, die in der gemeinsamen Fraktion und auf den Regierungsbänken stets gewichtig vertreten erscheint, war in sich verhältnismässig geschlossen und konnte so ihr Gewicht schliesslich sehr entscheidend in die Waagschale werfen. Im Vergleich zu anderen parlamentarisch regierten demokratischen Staaten ist eine Regierungskrise in Westdeutschland nur bei dem sogenannten konstruktiven Misstrauensvotum möglich, das mit dem Misstrauen gegen den amtierenden Kanzler auch bereits einen Kandidaten zu diesem Amt präsentiert, welchem die Mehrheit des Parlaments sicher ist. Dazu kam es denn auch gar nicht. Es wurde so offensichtlich, dass der noch anderthalb Jahre zuvor als «Wahllokomotive» gepriesene Prof. Erhard seinen Rücktritt anbot, sofern ein Nachfolger vorhanden sei. Es gab also eine Art indirektes konstruktives Misstrauensvotum, das zudem aus den Reihen der eigenen Partei des Kanzlers kam. So ein Fall war bei der Schaffung des Grundgesetzes 1949 sicherlich nicht ins Auge gefasst worden.

Eigentlicher Anlass dieser sich dann dramatisch zuspitzenden Krise waren jedoch gar nicht so sehr die Personenfragen oder Probleme politischer Gegensätzlichkeit, sondern die Vorboten der Wirtschaftskrise, die sich im Defizit des Bundeshaushaltes unübersehbar bemerkbar machten. Wenn auch nunmehr — wie vorher — der Einfluss psychologischer Faktoren auf Wirtschaftsleben und Finanzgebarung der öffentlichen Hand allzu stark in Rechnung gestellt werden, so lässt sich dennoch nicht be-

streiten, dass gewisse psychologische Momente einen grossen, allzu grossen Einfluss auf die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesrepublik hatten. Die Vorstellung, die seit Jahren anhaltende Wirtschaftskonjunktur könne in eine Krise umschlagen, wurde ganz allgemein nicht in Rechnung gestellt. Durch Jahre überlegte man, wie die angeblich «überhitzte» Konjunktur gedämpft werden könne, überlegte man, aus welchen fernen Ländern noch Arbeitskräfte zu beschaffen seien. Nur die Kohlengruben machten eine Ausnahme, weil hier die Strukturveränderungen der Energiewirtschaft so entscheidend sichtbar wurden, dass Stilllegungen und Feierschichten schon seit Jahr und Tag das Ende des Kohlenzeitalters der dritten wirtschaftlichen Grossmacht der Erde deutlich machten. Mit mehr Zuversicht als Überlegung wurde daher im Finanzwesen sehr aus dem vollen gewirtschaftet. Dies darf allerdings nicht in dem Sinne verallgemeinert werden, der in den zahlreichen Appellen Ludwig Erhards zum «Masshalten» zum Ausdruck kam. Bei Erhard war das «Masshalten» nur gewissen Kreisen und keineswegs der Regierung empfohlen. Masshalten sollten die Arbeiter und Angestellten mit ihren Forderungen. Sie sollten vor allem länger arbeiten, statt Arbeitszeitverkürzungen zu verlangen. Auch wenn man in Rechnung stellt, dass zahlreiche Ausgaben des Bundes durch gesetzliche Verpflichtungen unabweisbar sind, verbleibt dennoch eine beträchtliche Marge, bei der schon lange zuvor die Überlegung hätte bestimmend sein müssen, dass Wirtschaftswachstum keine unabänderliche Eigenheit der modernen industriellen Produktion darstellt. So kam es dazu, dass der Haushalt des Bundes in Zahlen der Wirklichkeit nicht mehr entsprach, die Deckung zuerst fraglich wurde, dann offenkundig nicht mehr möglich war und andere Wege eingeschlagen werden mussten, denn das Grundgesetz schreibt zwingend vor, dass der Haushalt gedeckt sein soll.

Aus dieser Krise entstand der grosse Szenenwechsel in der Bundespolitik, der erste seit dem Bestand der zweiten deutschen Republik. Die von verschiedenen Seiten seit langem angestrebte, aber bislang nie realisierte «grosse» Koalition, mit anderen Worten die Koalition der zwei grossen Parteien, kam nun doch zustande und erweckte zu allererst innerhalb und am Rande der Sozialdemokratischen Partei lebhaftere Ablehnung. Man war so daran gewöhnt, Opposition zu sein oder in der SPD die Opposition gegen alles, was die CDU/CSU an Vorstellungen erweckte, zu sehen, dass nun der Gedanke einer gemeinsamen Politik der beiden grossen Gruppen fast unfassbar erscheinen musste. Doch lange dauerte diese Opposition gegen die Aufgabe der Opposition nicht. Die Wirtschaftskrise stand alsbald und steht immer noch im Vordergrund alles politischen Geschehens. Was ist zu tun, wie begegnet man dem Produktionsrückgang, wo sind die gefährdeten Gegenden, was kann für die Arbeitslosen getan werden, wie soll der Abbau des Kohlenabbaus durchgeführt und — subventioniert werden? Das ist die politische Frage von heute. Und überhaupt die Subventionen; sie sind in steigendem Masse Gegenstand der Diskussionen und Überlegungen. Obwohl

in Westdeutschland seit Prof. Erhards Amtsführung im Wirtschaftsministerium der — nicht immer eindeutig definierte — Begriff der Marktwirtschaft sehr gross geschrieben wird, war und ist sie keineswegs mit dem «freien Spiel der Kräfte» gleichzusetzen, das den überaus liberal geprägten Thesen der angeblich praktizierten «Sozialen Marktwirtschaft» tatsächlich entsprechen würde. Subventioniert wird überall in der einen oder in der anderen Form, direkt oder durch besondere Abschreibungsmöglichkeiten für Investitionen, vom «Grünen Plan» für die Landwirtschaft ganz abgesehen. Dabei ist die Lage so unübersichtlich geworden, dass der Wissenschaftliche Beirat beim Wirtschaftsministerium kürzlich die Schaffung einer eigenen Institution vorgeschlagen hat, die alle Subventionen zu erfassen und zu kontrollieren hätte.

Die neue Regierung der grossen Koalition steht also unmittelbar seit ihrer Bildung nicht nur vor der Frage, den Staatshaushalt auszugleichen, sondern auch — von anderen politischen Fragen abgesehen — einer sehr komplexen wirtschaftspolitischen Lage Herr zu werden. Kein Zweifel, der Beginn wirkte überaus dynamisch und gewann der Regierung Kiesinger, wie die Meinungsforscher bereits feststellten, viel Sympathien. Das Prestige dieser Regierung ist erheblich höher und besser fundiert, als es unter Prof. Erhard je war, auch auf der Linken. Dieser Prestigegegewinn verteilt sich sehr verschiedenartig. Zweifelsfrei kommt der Ersetzung des auf der äussersten katholischen Rechten beheimateten Dr. Richard Jäger durch den Sozialdemokraten Dr. Gustav Heinemann ganz besondere Bedeutung zu. Seit Jahren arbeitet man an einer Reform des deutschen Strafrechts. Ein Entwurf der Bundesregierung aus dem Jahre 1962, also noch aus der Ära Adenauer, wurde erst kürzlich von einer Gruppe von deutschen und schweizerischen Strafrechtslehrern als ein «Strafrecht von gestern» bezeichnet. Heinemann hat sich zu dieser und anderen anstehenden Fragen¹ bereits mehrfach geäussert. So wesentlich diese Frage gesellschaftspolitisch auch sein mag und alle angeht, die über den politischen Alltag hinausdenken, so gering ist naturgemäss das allgemeine Interesse an solchen Fragen. Mehr Interesse gewinnt im allgemeinen der Wohnungsbauminister Lauritzen (SPD), der, im Gegensatz zu allen seinen Vorgängern, ein anderes Mietrecht anstrebt. Die totale Schutzlosigkeit der Mieter bei steigendem Wohnungsbedarf und nach Aufhebung der Schutzvorschriften im grössten Teil des Bundesgebietes hat Formen angenommen, die eine Einschränkung des Kündigungsrechts durch den Vermieter dringend erforderlich erscheinen lässt. Ob beide Minister nun mit ihren ungewohnten Ideen in der Regierung und dann im Parlament durchdringen, das allerdings ist eine andere Frage.

¹ Das Strafrecht ist in der Bundesrepublik einheitlich. Die Justizverwaltung hingegen, also die eigentliche Rechtspflege, ist Sache der Länder. Der Bundesjustizminister befasst sich nur mit den Obersten Bundesgerichten und den Rechtsnormen, also der Gesetzesreform.

Aktueller und im Blendlicht des allgemeinen Interesses stehen dagegen die Fragen der Steuer- und der Wirtschaftspolitik des neuen Kabinetts. Sie konzentrieren sich auf die beiden Minister Franz Josef Strauss, den ehemaligen Verteidigungsminister, und Prof. Karl Schiller. Von Anbeginn an haben sich offenbar der Sozialdemokrat Schiller und der CSU-Vorsitzende Strauss gut aufeinander eingespielt. Beigetragen hat hiezu die Unmittelbarkeit der zu bewältigenden Sachfragen, die Finanzpolitik zum Ausgleich des Bundeshaushaltes und die «Ankurbelung» des nachlassenden Rhythmus des Wirtschaftslebens. Bei Franz Josef Strauss, einer sehr umstrittenen Persönlichkeit aus der Zeit des bekannten Skandals um die Wochenschrift «Der Spiegel», spielt zweifelsohne die Absicht mit, nun mit «dene Sozi», wie man in seiner bayrischen Heimat sagt, auszukommen. Angenehm ist es ja nicht, wenn prominente Persönlichkeiten der anderen koalitierten Partei bei Antritt der Regierung erklären, die Person des Finanzministers sei eine Kröte, die man eben schlucken müsse. Und der lebhafteste Widerstand innerhalb der SPD zu Beginn der grossen Koalition bezog sich zu einem erheblichen Teil eben auf Strauss. Dieser hatte jedoch seine Rückkehr in das Bundeskabinett überaus geschickt eingefädelt. Seine Partei, also die bayrische CSU, beschloss, für den Kandidaten Kurt-Georg Kiesinger als Kanzler zu stimmen. Kiesinger konnte daraufhin der CSU kaum das Finanzministerium verweigern und noch weniger die Nominierung ihres Vorsitzenden als Minister. Die Finanzpolitik begann mit nicht unerheblichen Abstrichen bei einzelnen Haushaltsposten. Es stellte sich nämlich bald heraus, dass die sich abzeichnende Krise des Wirtschaftslebens die alte Gewohnheit zunichte machte, nicht nur mit erheblichen Zuwachsraten beim Steueraufkommen zu rechnen, sondern insgeheim zu erwarten, dass diese Zuwachsraten in der Praxis überschritten werden. Nun plötzlich zeigte sich, dass die sogenannte Politik der «Wahlgeschenke» aus den Zeiten von Adenauer und Erhard nicht nur ein rechnerisches Defizit, das vornehm «Deckungslücke» genannt wird, zeitigte, sondern insgesamt allerlei Probleme aufwirft. Auch bei den Ländern rechnet man mit Fehlbeträgen, und die Gemeinden sind in der Bundesrepublik sowieso die letzten, die stets von den Hunden gebissen werden. Ihre schwache Finanzbasis ist die Gewerbesteuer. Angesichts der rapiden Verstädterung können die Gemeinden auf dieser Basis den ihnen zufallenden Gemeinschaftsaufgaben nicht mehr gerecht werden. Sie mussten daher grosse Schuldenlasten auf sich nehmen.

Ob die bisherigen Massnahmen der Budgetberichtigungen ausreichen werden, kann derzeit noch nicht übersehen werden. Sie waren auch nicht alle sonderlich glücklich. Man erhöhte die Mineralölbesteuerung und senkte den Festbetrag, den Autofahrer für die Fahrt zum und vom Arbeitsplatz von der Steuer absetzen dürfen, obwohl es gerade die Autoindustrie ist, die — von Kohle und Stahl abgesehen — mit am stärksten von der Absatzstockung betroffen ist. Bei den Autos, wo nunmehr laufend Kurz-

arbeitsperioden eingelegt werden, spiegelt sich sehr charakteristisch eines der wirtschaftspolitischen Hauptprobleme der Bundesrepublik im Jahre 1967. Der Export hält sich oder steigt sogar, der Inlandkonsum dagegen geht zurück, und die Produktionskapazitäten sind, nach Ansicht des bekannten Bankiers Abs, im Durchschnitt nicht mehr als zu 75 Prozent ausgelastet. Mit anderen Worten, es wurde in den «fetten» Jahren der Produktionsapparat — das «konstante» Kapital bei Marx — ohne Rücksicht darauf ausgebaut, ob die Aufnahmefähigkeit des (Inland)marktes solche Investitionen rechtfertigte. Das ist nun wahrlich keine neue Erscheinung. In einem Wirtschaftssystem, in dem Planung nicht nur nicht vorhanden ist, sondern auch sprachlich proskribiert erscheint, werden die Kapitalinvestitionen und damit die Produktionskapazitäten stets eines Tages das Mass der Aufnahmefähigkeit für die hergestellten Waren übersteigen.

Die Wirtschaftspolitik der neuen Bundesregierung, für die Prof. Schiller federführend ist, geht von Keyenesschen Maximen aus. Die öffentliche Hand muss nun investieren. Man hat daher einen sogenannten Eventualhaushalt für solche Zwecke bereitgestellt, der allerdings nicht aus Steuergeldern gespeist wird, sondern den Kapitalmarkt in Anspruch nimmt. Diese Investitionen, die vorerst bei Bahn und Post «ankurbeln», sollen gezielt vorgenommen werden, was sich zu Beginn als nicht einfach erwies. Der temperamentvolle Prof. Schiller setzte zudem durch, dass die Bankrate gesenkt und der Geldzins freigegeben wurde. Dadurch und durch Senkung der von der Bundesbank bestimmten Reservelimite wurde der Kapitalmarkt zweifelsohne flüssiger. Die exorbitant hohen Zinse, die die Bundesbank als Gegensteuerung zur Ausgabenpolitik des Kabinetts Erhard durchgesetzt hatte, wurden somit gesenkt, allerdings nicht in dem Ausmass, wie es da und dort vorgeschlagen wurde. Die Bundesbank, eine autonome Körperschaft, ist nicht zu allen Experimenten bereit. So hat sie auf die Anregungen des Wissenschaftsrates beim Wirtschaftsministerium, weitere Bankratensenkungen vorzunehmen und die Mittel für den Eventualhaushalt zu verdoppeln, nicht reagiert. Sie befürchtet, allzu grosse Kredit erleichterungen, denen keine entsprechende Produktionsrate gegenübersteht, könnten zu inflationistischen Tendenzen führen. Hier liegt der Kern, der derzeit aktuellen Fragen, über die sicherlich noch viel diskutiert und geschrieben werden wird. Natürlich kann jetzt keine deflationistisch-restriktive Kreditpolitik getrieben werden. Ein flüssigeres Kreditvolumen wird jedoch nicht an sich aus der «Talsole» — wie vielfach gesagt wird — herausführen. Entscheidend ist zweifelsfrei, wie die Nachfrage nach Konsumgütern gesteigert werden kann, um die vorhandenen Kapazitäten auszunutzen. Vielfach geäusserte Erwartungen, nun werde alle Welt wieder investieren, scheinen sich nicht zu erfüllen. Das wird auch da und dort schon gesagt. Allerdings, der Export floriert immer noch, bringt eine sehr feste Devisenlage und schützt die Bundesrepublik vor Schwierigkeiten im internationalen Handel, im Rahmen des Europäischen Marktes natürlich.

In der Aussenpolitik ist das wohl bemerkenswerteste Zeichen einer Neuorientierung der praktische Verzicht auf die so viele Jahre hochgehaltene «Hallstein-Doktrin», nach der mit keinem Lande diplomatische Beziehungen aufgenommen werden sollten, das die ostdeutsche Regierung diplomatisch anerkennt. Dieser Grundsatz hatte schon bisher eine — sehr entscheidende — Ausnahme, die Sowjetunion, mit der unter Adenauer diplomatische Beziehungen hergestellt wurden. Nunmehr wurden solche Beziehungen mit Rumänien aufgenommen. In Belgrad sondiert man, ob sich der seinerzeitige Abbruch der Beziehungen — wegen der Beziehungen Belgrads zu Ostberlin — annullieren lasse. Allerdings, in anderen Bereichen des östlichen Europas wurde gleichzeitig sehr demonstrativ die Einheit der kommunistischen Länder gegenüber der Bundesrepublik betont. Es gibt dort, Ostdeutschland ausgenommen, auch andere Strömungen. Dennoch darf man sich keinerlei Illusionen hingeben. Die Vormacht Sowjetunion betreibt hier eine strategisch begründete Politik. Die Beherrschung der Ostsee war Stalins Nachkriegswerk. Und auf diesem militärisch strategischen Gebiet steht keine machtpolitische Entstalinisierung in Aussicht. Dennoch, die bundesdeutsche Aussenpolitik hat in dieser Richtung nunmehr eine elastischere Haltung eingenommen, von der zwar keineswegs aussichtsreichen, aber nationalpolitisch dennoch stets belastenden Frage der Teilung Deutschlands abgesehen. Man kann jedoch nicht behaupten, dass in dieser Frage etwa die Ewiggestrigen, die sich vor einiger Zeit in der neuen Nationaldemokratischen Partei zusammenfanden, etwas Neues zu sagen gehabt hätten. Die NPD wurde, vor allem im Ausland, ausserordentlich überbewertet. Sicherlich finden sich in ihren Reihen alte Nazis oder junge Menschen, die sich an nationalistischer Romantik begeistern. Doch der nunmehr in aller Öffentlichkeit ausgetragene Konflikt um Führung und Kasse zeigt, dass man weit davon entfernt ist, Massen zu mobilisieren, das pragmatisch-realistische Denken der jungen deutschen Generation zu überrollen und erneut zu «trommeln», wie es anfangs der dreissiger Jahre möglich war. Es wäre eigentlich sonderbar, wenn nach der totalen militärischen Niederlage, mit über zehn Millionen Vertriebenen in dem Rumpfgelände des demokratischen Deutschlands, überhaupt kein Nationalismus vorhanden wäre. Er ist vorhanden, nicht nur in der NPD, aber eine «Nazi-gefahr» alten Stils gibt es zweifelsfrei nach 18 Jahren demokratischer Ordnung, die auch Gewohnheiten und Ansichten geformt hat, in der Bundesrepublik Deutschland nicht.